



PRESSEMITTEILUNG

CDU-Landtagsabgeordneter Christoph Plett: „Eine wichtige Investition in die Zukunft: Finanzierung von Peiner Ganztagschulen gefährdet – Ministerin muss endlich handeln“

Peine, 19.03.2025 „Der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in der Grundschule ab 2026 stellt einen wesentlichen Paradigmenwechsel in der Bildungspolitik dar“, sagt der CDU-Landtagsabgeordnete Christoph Plett. Wichtig hierbei sei, dass die Finanzierung des Ganztagsbetriebes der Schulen gesichert ist. „Eine ausreichende Finanzierung und ein klares Konzept der Ganztagschulen ist zwingend geboten“, so Plett.

Doch die Voraussetzung für einen gelingenden Ganztagsbetrieb sei die Bekanntgabe verbindlicher Rahmenbedingungen des Kultusministeriums. „Bislang hat Ministerin Hamburg keine konkreten Angaben darüber geliefert, wie genau der Ganztagsbetrieb an Schulen finanziert und organisiert werden soll. Die Schulen und Schulträger brauchen allerdings dringend rechtsverbindliche Bedingungen, um notwendige Konzepte erarbeiten und den Rechtsanspruch ab 2026 gewährleisten zu können“, kritisiert Christoph Plett.

„Ministerin Hamburg hätte schon längst solche Rahmenbedingungen vorlegen müssen. Derartige Verzögerungen können unsere Schulen nicht weiter hinnehmen, sonst ist der Rechtsanspruch auf eine Betreuung von acht Stunden an fünf Tagen

die Woche gefährdet“, so Landtagsabgeordneter Plett. Vielen Peiner Schulen – und auch den Städten und Gemeinden als Träger – bereite dies bereits jetzt große Sorge. „Der Klassenbildungserlass muss den neuen Umstand berücksichtigen und angepasst werden, um eine Finanzierung auch mit dem Rechtsanspruch gewährleisten zu können“, erläutert der Peiner Abgeordnete.

„Das Niedersächsische Kultusministerium fordere ich daher auf, schnellstmöglich konkrete Rahmenbedingungen für die Umsetzung des Rechtsanspruches auf den Ganztagschulbetrieb vorzulegen und diese wichtige Investition in die Zukunft unserer Kinder nicht weiter aufzuschieben“, fordert Christoph Plett abschließend.